LSVD-Wahlprüfsteine für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026: ausführliche Antworten der Parteien

Inhaltsverzeichnis

1. Fragenkatalog 2
2. Antworten der AfD Berlin 4
3. Antworten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin 6
4. Antworten der CDU Berlin 15
5. Antworten der Demokratischen Linken (DL) 17
6. Antworten DIE LINKE Berlin 19
7. Antworten der FDP Berlin 25
8. Antworten der Partei des Fortschritts 32
9. Antworten der SPD Berlin 37
10. Antworten der Tierschutzpartei Berlin 41
11. Antworten Volt Berlin 44

1. Fragenkatalog

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

2. Antworten der AfD Berlin

Zu 1.:
Nein.

Zu 2.:
Wir sehen eine verstärkte Sicherheitsbedrohung für Schwule, Lesben und Transpersonen v.a. aus dem muslimisch-migrantischen Milieu und würden bei der Konzeptionierung einer Landesstrategie unseren Focus deshalb darauf richten. Um hier mehr Transparenz zu erlangen, schlagen wir vor, eine Dunkelfeldstudie in Auftrag zu geben über Homophobie und Queerfeindlichkeit in migrantischen Milieus. Daraus könnten dann konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Zu 3.:
Nein.

Zu 4.:
Nein

Zu 5.:
Die psychische und psychotherapeutische Versorgung in Berlin ist an sich an der Grenze – für alle Berliner. Die Wartezeiten sind z.T. unzumutbar, insbesondere für Jugendliche und Kinder. Daher halten wir eine Priorisierung im Sinne der Frage für nicht gerechtfertigt.

Zu 6.:
Sexualität ist Privatsache. Eine Privilegierung von Regenbogenfamilien halten wir nicht für gerechtfertigt, auch im Hinblick auf andere besonders vulnerable und benachteiligte Gruppen.

Zu 7.:
Gastronomische Einrichtungen in Berlin leiden unter gestiegenen Preisen und zu hohen Kosten (Strom, Energie, Mindestlohn etc.); die Folge sind Insolvenzen und Geschäftsaufgaben.
Die wirtschaftlichen Bedingungen für die Gastronomie müssen insgesamt deutlich verbessert werden, z.B. durch die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Getränke auf 7%. Eine staatliche Segmentierung in queere und nicht-queere Gastronomie oder Clubs halten wir für kontraproduktiv und nicht angebracht.

Zu 8.:
Wir haben insgesamt Pflegenotstand in Berlin. Die Notwendigkeit einer staatlichen Priorisierung für queere Personen in diesem Bereich sehen wir nicht.

Zu 9.:
Ausreichende Sichtbarkeit ist bereits gegeben und kann auch nicht staatlich verordnet werden.

Zu 10.:
Die illegale Masseneinwanderung nach Deutschland hat dazu geführt, dass gerade besonders schutzbedürftige Gruppen unter den Flüchtlingen wie Christen und Jesiden, aber auch Frauen und queere Personen Mobbing, Gewalt und zum Teil lebensbedrohlichen Situationen in den Unterkünften ausgesetzt sind. Diese Situation kann grundsätzlich nur durch eine restriktive Migrationspolitik entschärft werden, um den Fokus wieder auf die besonders vulnerablen Gruppen und tatsächlich schutzbedürftigen Personen richten zu können. Spezialisierte Beratung und separierter Wohnraum für queere Personen sind in dieser Situation richtig, tangieren jedoch nicht den Kern des Problems.

3. Antworten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

Zu 1.:

Angesichts der aktuellen Haushaltssituation ist es klar, dass es in den kommenden Jahren darauf ankommen wird, queere Infrastruktur mitsamt ihren Beratungs-, Empowermentangeboten und Safer Spaces politisch klar zu verteidigen, zu sichern und sie zuverlässig zu fördern. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich! Wir wollen den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfallt (IGSV) nicht nur fortführen, sondern weiterentwickeln und ihm einen Neustart verpassen: Er ist das zentrale Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen Bereichen der Berliner Stadtgesellschaft! Wir wollen ihn daher zu einer umfassenden Gesamtstrategie ausbauen. Und wir werden die Verbindlichkeit der Maßnahmen erhöhen und setzen klare und nachprüfbare Ziele und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Dabei beteiligen wir die queeren Communities dauerhaft und wirksam an der Konzeption und Umsetzung. Die Bezirke werden wir stärker als bisher einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen, dessen Umsetzung transparent evaluiert wird. Darüber hinaus ist es für uns ein zentrales Vorhaben für die kommende Wahlperiode, in allen Bezirken einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ* zu schaffen. Es darf eben nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B. Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. Wir teilen daher das Ziel, den Aktionsplan dauerhaft im Landeshaushalt abzusichern und für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung zu sorgen. Dazu gehört als erstes für uns, die im letzten Doppelhaushalt vorgenommenen Kürzungen von mehr als 10 Prozent zurückzunehmen und damit den ungekürzten Teilansatz der IGSV im Haushalt der Landesantidiskriminierungsstelle von 10,29 Mio Euro wieder herzustellen und zur Grundlage der kommenden Planungen zu machen. Für den Ausbau und die Stärkung der IGSV und von queerer Infrastruktur in allen Bezirken, zu der wir uns bekennen, wird es zusätzliche Ressourcen brauchen. Für uns ist dabei wichtig, dass – _anders als bisher – _alle zuständigen Verwaltungen künftig die Finanzierung der haushaltsrelevanten Maßnahmen des Aktionsplans in ihren jeweiligen Haushaltsplänen selbst absichern – _und dass auch alle Bezirke hinreichend Mittel für den Aktionsplan bereitstellen. Die IGSV braucht auch bei der Finanzierung eine senatsübergreifende und gesamtstädtische Verantwortung.

Die Einrichtung von beauftragten Personen für vulnerable und von Diskriminierung betroffene Gruppen wie Jüdinnen und Juden, Muslim*innen, Sinti*zze und Rom*nja oder LSBTIQ* in unserer Stadt halten wir für absolut notwendig und richtig. Sie werden wir auch im Haushalt absichern. Dazu gehört der Queerbeauftragte auf Landesebene genauso wie die Beauftragten in den Bezirken. Wir wollen, dass in der kommenden Legislaturperiode endlich in allen Bezirken eine queerbeauftragte Person* eingesetzt wird und werden dafür eine gesetzliche Grundlage schaffen.

Viele soziale Träger sind angesichts der Kürzungspolitik und des Haushaltschaos des schwarz-roten Berliner Senats zu Tausenden auf die Straße gegangen. Zu Recht! Wir

wollen eine andere Haushaltspolitik und einen anderen Umgang mit den geförderten zivilgesellschaftlichen Projekten: transparent, fair und verlässlich. Daher werden wir neue und verbesserte Bedingungen im Zuwendungsrecht schaffen. Dazu gehören ganz ausdrücklich Möglichkeiten der mehrjährigen Förderung, die den Beschäftigten mehr als immer nur bis zum Ende des laufenden Jahres Sicherheit bieten. Rechtlich sind Zuwendungen bis zu fünf Jahren möglich. Derzeit läuft dazu mit wenigen Trägern ein Modellprojekt. Wir wollen eine rasche Öffnung auf alle in Frage kommenden Zuwendungsempfänger*innen, zu denen natürlich auch viele queere Projekte gehören. Arbeit im öffentlichen Auftrag muss gute Arbeit sein.

Zu 2.:
Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine Berliner Erfolgsgeschichte. Wir wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts, der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur Abschreckung. Zudem schaffen wir einen Rechtshilfefonds für Verbandsklagen Wir stärken die LADG-Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht und ein eigenes Presserecht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle werden wir eine unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen einrichten. Und auch auf Bundesebene werden wir uns von Berlin aus für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einsetzen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Berliner Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen muss. Das Diversity-Landesprogramm haben wir dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher das Diversity-Landesprogramm mit mehr Verbindlichkeit für alle Verwaltungen ausstatten. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Monitoring. Zentrale Maßnahmen des Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Neben den bisherigen Schwerpunkten auf Personalauswahl und Personalentwicklung soll für die weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der Diskriminierungsprävention.

Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit hat für uns oberste Priorität. Queere Menschen müssen überall in Berlin frei von Angst leben, uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Aber auch queere Einrichtungen müssen vor Gewalt und Übergriffen konsequent geschützt werden. Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat eine Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit vorgelegt hat – allerdings aus unserer Sicht inhaltlich unzureichend, ohne eine in Ansätzen hinreichende finanzielle Ausstattung und viel zu spät, so dass eine Umsetzung bis zum Wahltag am 20. September nur noch in Ansätzen gelingen wird. Konkrete Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit müssen in der kommenden Wahlperiode daher ressortübergreifend und schnellstmöglich ergriffen und umgesetzt werden. Außerdem sind die inhaltlichen Lücken in Rückkopplung mit der queeren Community zu schließen. Wir halten beim Kampf gegen Queerfeindlichkeit vor allem Maßnahmen im Bereich von Bildung, Prävention und verbesserten Schutzmaßnahmen besonders wichtig. Wir werden daher insbesondere Projekte stärken, die – zum Beispiel an Schulen und Bildungseinrichtungen – aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Dazu sichern wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft ab und bauen sie aus. Wir wollen den Schutz queerer Einrichtungen verbessern und die Polizeipräsenz bei akuten Bedrohungslagen erhöhen. Zur Stärkung der Anzeigebereitschaft bei queerfeindlichen Taten wollen wir Polizei und Justiz weiter diskriminierungskritisch sensibilisieren. Zur Verbesserung der Daten- und Erkenntnisgrundlagen werden wir den jährlich erscheinenden Berlin-Monitor zu queerfeindlicher Gewalt in Berlin fortführen. Darüber hinaus wollen wir die vorgesehenen Maßnahmen der Landesstrategie verbindlich und mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegen – etwa bei der Stärkung bezirklicher Vernetzungsstrukturen und beim Schutz vor queerfeindlicher Gewalt.

Unser Ziel ist ein Berlin, in dem queere Menschen in allen Bezirken sicher, sichtbar und frei von Diskriminierung leben können. Dafür braucht es starke Gesetze, verlässliche Strukturen und endlich eine konsequente Umsetzung der beschlossenen politischen Maßnahmen.

Zu 3.:
Die verbindliche Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten in Landes- und Bezirkseinrichtungen ist für uns ein wichtiger Baustein, um Diskriminierung von LSBTIQ* abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe durch die Verwaltung zu gewährleisten – sei es beispielsweise bei Polizei und Justiz, in den Jugendämtern, in Schule oder beispielsweise bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen. Deshalb wollen wir ein Queer-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe etablieren und im Rahmen der Weiterentwicklung der IGSV verbindliche, überprüfbare Ziele für alle Senatsverwaltungen festlegen. Das Landesantidiskriminierungsgesetz sieht bereits heute eine verbindliche Fortbildungs- und Qualifizierungspflicht im Land Berlin zum Erwerb bzw. Ausbau von Diversity-Kompetenz bei Dienstkräften mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktion vor. Wir halten es für richtig, diese Pflicht auf alle Dienstkräfte auszuweiten und den Erwerb der

Diversity-Kompetenz zu spezifizieren, damit dezidiert auch über queere Lebensrealitäten und Diskriminierungsrisiken aufgeklärt wird. Das Diversity-Landesprogramm ist in diesem Sinne weiterzuentwickeln, auszubauen und mit einer klaren Verbindlichkeit für die Umsetzung zu versehen. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Verwaltung mit Bürger*innenkontakt.

Unser Ziel ist es, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um queeren Menschen diskriminierungssensibel und respektvoll zu begegnen. Der Staat muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen!

Zu 4.:
Ja, wir unterstützen ausdrücklich die Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie verpflichtende Aus- und Fortbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte – unabhängig davon, bei welchen Einrichtungen und Trägern sie arbeiten – und haben bereits in der Vergangenheit auch dafür an der Seite mit queeren Bildungs- und Jugendprojekten gekämpft. Das war insbesondere bei der Novellierung des Berliner Bildungsprogramms notwendig, bei dem unter anderem Themen wie geschlechtliche, queere und familiäre Vielfalt abgeschwächt oder ganz gestrichen und eine diskriminierungssensible Pädagogik komplett getilgt werden sollten. Dazu gehörte auch der von der CDU-geführte Bildungsverwaltung vorangetriebene ideologische Kurs der Kürzung und Zerschlagung der queeren Bildungsarbeit. Hier konnten die Proteste von queeren Projekten und demokratischer Opposition immerhin erreichen, dass die Kürzungen im parlamentarischen Verfahren größtenteils zurückgenommen wurden. Wir werden uns gegen diese ideologischen Angriffe auf queere Bildung auch in Zukunft klar und entschieden stellen! Unser Ziel ist vielmehr, dass alle Berliner Schüler*innen Zugang zu queeren Bildungsangeboten erhalten und geschlechtliche sowie sexuelle Vielfalt als selbstverständlicher Bestandteil schulischer Bildung vermittelt wird. Deshalb werden wir queere Bildungsangebote flächendeckend an Berliner Schulen verankern sowie die Fachstelle für queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Damit sorgen wir für die dringend notwendigen qualitätsgesicherten Fortbildungsangebote. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz, Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern.

Darüber hinaus setzen wir auf eine diskriminierungskritische Schulentwicklung. Wir werden eine unabhängige Beschwerdestelle bei Diskriminierung an Schulen als Teil der LADG-Ombudsstelle einrichten, damit Schüler*innen und ihre Familien Diskriminierung niedrigschwellig melden können. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Teilhabe ermöglicht und Schulen zu Orten macht, an denen Vielfalt selbstverständlich gelebt wird und sich alle unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher und respektiert fühlen.

Zu 5.:

Wir wissen um die besonders vulnerable Situation von TIN*-Personen in der Gesundheitsversorgung und werden daher ihre Diskriminierung gezielt bekämpfen. 40 % der trans* Personen in Deutschland berichten, dass sie in den letzten 12 Monaten bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten diskriminiert wurden. Für uns gilt daher ausdrücklich: Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss gleichberechtigt und diskriminierungsfrei sein. Wir wollen die gesundheitliche Versorgung für trans*, inter* und nichtbinären Menschen bedarfsgerecht weiterentwickeln, flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote ausbauen und queere Perspektiven in Studium sowie Fort- und Weiterbildung der Sozial- und Gesundheitsberufe verankern, damit Fachkräfte diskriminierungssensibel und kompetent auf die Bedürfnisse queerer Menschen eingehen.

Insbesondere im Bereich der psychischen Gesundheit wollen wir die Versorgung verbessern. Lange Wartezeiten werden wir gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung durch niedrigschwellige Lotsen- und Vermittlungsangebote verkürzen. Dabei berücksichtigen wir ausdrücklich die psychischen Belastungen und psychischen Erkrankungen, die infolge von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt entstehen.
Diskriminierung gefährdet die Gesundheit. Diskriminierung im Gesundheitswesen gefährdet Patient*innen. Die gesundheitliche Lage und Versorgung von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen oder Menschen aus marginalisierten Gruppen ist oft schlechter. Damit sich das ändert, braucht es strukturelle Veränderungen. Auch deswegen haben wir noch in der letzten Wahlperiode die Einrichtung einer Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen initiiert. Sie hat erst vor kurzem endlich ihre Arbeit aufnehmen können. In ihr sehen wir einen wichtigen Baustein für eine diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung in Berlin – gerade unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von TIN*-Personen. Das bedeutet zum Beispiel, dass sich das medizinische Personal aktiv gegen Queerfeindlichkeit einsetzt, die Expertise von Community-Organisationen anerkannt und genutzt wird oder die Anlauf- und Beschwerdestellen des Gesundheitswesens dazu befähigt sind, TIN*-Personen professionell zu beraten und zu unterstützen. Wir wollen die Fachstelle daher weiter stärken.

Zu 6.:
Wir wollen Regenbogenfamilien im Alltag besser unterstützen und bestehende Benachteiligungen konsequent abbauen. Dazu gehören auch diskriminierende, bürokratische und überreglementierte Verwaltungsverfahren für queere Familien, von der sogenannten „Stiefkindadoption“ bei lesbischen Paaren bis hin zur Aufnahme von Kindern in Regenbogenpflegefamilien. Auch deshalb wollen wir die Beratungsangebote für Regenbogenfamilien weiter ausbauen und treiben die Gründung eines weiteren Regenbogenfamilienzentrums voran. Regenbogenpflegefamilien wollen wir gezielt unterstützen und eine eigene Anlauf- und Beratungsstelle einrichten.

Ein wichtiger Baustein ist für uns zudem eine diskriminierungssensible Verwaltung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Richter*innen und Mitarbeitende der Gerichte oder das Personal der Jugendämter für einen diskriminierungs- und queersensiblen Umgang mit Regenbogenfamilien verpflichtend aus- und fortgebildet werden, um Vorurteile abzubauen und Verfahren diskriminierungsfrei zu gestalten. Insgesamt ist unser Ziel, dass Regenbogenfamilien in Behörden selbstverständlich und gleichberechtigt behandelt werden.

Die Stiefkindadoption bei Zwei-Mütter-Familien ist diskriminierend und setzt Ungleichbehandlung fort. Sie gehört dringend abgeschafft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein, damit beide Elternteile von Geburt an rechtlich anerkannt werden. Auch dadurch würden die bestehenden Verwaltungsverfahren erheblich vereinfacht und Regenbogenfamilien nachhaltig entlastet werden.

Zu 7.:
Es ist eine Schande für die Regenbogenhauptstadt Berlin, dass queere Institutionen wie das SchwuZ oder das Café Berio schließen mussten. Dabei fehlte es auch an einem klaren Bekenntnis und an einer entschiedenen Unterstützung durch den schwarz-roten Berliner Senat. Wir werden die queere Infrastruktur nicht nur verteidigen, sondern dauerhaft sichern, langfristig fördern und weiter ausbauen. Queere Bars, Cafés, Clubs, aber auch queere Jugendzentren oder Beratungseinrichtungen sind Schutzräume, Orte der Vernetzung und wichtige Anlaufstellen für Empowerment und Communitybuilding. Wir werden einen queeren Aktionsplan gegen die Verdrängung von zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt aufsetzen, um das Verschwinden queerer Orte zu stoppen und schaffen neue Angebote. Hier nehmen wir verstärkt auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der Berliner Clubkultur ein, die für viele queere Menschen ebenfalls ein wichtiger Safer Space ist und zu denen viele queere bzw. queerfreundliche Clubs gehören. Neben dem von uns eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission nutzen wir sämtliche Instrumente, um Clubs langfristig zu sichern: von einer besseren Absicherung durch planungsrechtliche Vorgaben und Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte Genehmigungsverfahren und die gezielte Unterstützung von Zwischennutzungen bis hin zu unserem Einsatz für ein soziales Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch, eine Lärmschutz-Reform auf Bundesebene sowie eine eigene Förderkulisse. Wir wollen für akut bedrohte Orte der Clubkultur einen Notfallfonds einrichten und strukturorientierte Förderungen schaffen, die langfristige Planungssicherheit ermöglichen.

Zu 8.:

Viele queere Senior*innen tragen eine Lebensgeschichte von emanzipatorischen Kämpfen, von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen mit sich, etwa durch die Verfolgungsgeschichte des § 175 Strafgesetzbuch. Wir als queere Community sind ihnen in besonderer Verantwortung verpflichtet. Wir halten es angesichts dessen für grundfalsch, dass der schwarz-rote Senat gerade die Mittel für das Angebot für homo- und bisexuelle Männer 50+ bei Mann-o-Meter gestrichen hat. Wir Grüne wollen, dass queere Senior*innen in Berlin selbstbestimmt, sicher und sichtbar älter werden können. Insbesondere die „Fachstelle LSBTI*, Altern und Pflege“ leistet dafür äußerst wichtige Arbeit. Wir wollen sie stärken und die Strukturen für eine queersensible Altenarbeit berlinweit ausbauen. Im Sinne eines queeren Mainstreamings müssen auch die Regelstrukturen und -angebote für LSBTIQ* im Alter inklusiv und zugänglich sein. Wir wollen dabei die Akteur*innen in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit für die Lebensrealitäten queerer Senior*innen gezielt sensibilisieren und sie stärker mit der queeren Community zu vernetzen.

Darüber hinaus sichern wir flächendeckend queere Pflegeangebote und bauen geschlechter- und diversitätssensible Versorgungsstrukturen weiter aus. Queere Perspektiven sollen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildungen der Gesundheits- und Pflegeberufe verankert werden, damit ältere LSBTIQ* diskriminierungsfrei und bedarfsgerecht versorgt werden.

Um Teilhabe und Sichtbarkeit zu stärken, wollen wir auch gezielt mehr queere Senior*innen für die Senior*innenvertretungen gewinnen. Diese wollen wir durch verbindliche Beteiligungs- und Rederechte sowie eine bessere finanzielle Ausstattung stärken.

Wir begrüßen es, dass nun endlich auch das RuT-Wohnprojekt für lesbische Frauen realisiert werden konnte. Wir unterstützen auch weiterhin, dass queere Mehrgenerationenprojekte als Safer Spaces eingerichtet werden und schaffen generationenübergreifende Begegnungsorte, um Einsamkeit entgegenzuwirken und die Teilhabe queerer älterer Menschen in den Kiezen zu fördern.

Aber auch die queere Community selbst muss ein inklusiver Ort werden. Altersdiskriminierung in den eigenen Reihen sagen wir daher den Kampf an. Wir setzen den Inklusionsfonds für eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus.

Zu 9.:
Wir wollen, dass LSBTIQ*-Perspektiven in der Förderung von Medien, Kultur und Sport selbstverständlich sichtbar sind und bei öffentlichen Förderentscheidungen Berücksichtigung finden. Deshalb setzen wir uns unter anderem für ein Berliner Kulturfördergesetz ein, das die Kulturförderung transparenter, gerechter und zukunftsfähig macht. Dazu gehören divers besetzte Fachjurys und Auswahlgremien,

transparente Verfahren sowie der weitere Ausbau von Diversity Arts Culture oder die Förderung von Vorhaben wie FAIRSTAGE. Zudem stärken wir die Erinnerungskultur zu queerem Leben und fördern gezielt queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt Zur Sicherung der queeren Geschichte und der Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ* in unserer Stadt. Wir unterstützen die wichtige Arbeit des Schwulen Museums und unterstützen den Aufbau eines queerfeministischen Archivzentrums.

Der Zugang zum Sport ist nicht frei von Diskriminierung und Ungleichbehandlung. Das gilt auch für queere Menschen. Wir wollen das ändern und werden daher gezielt den Sport für Frauen, Lesben und TIN*-Personen stärken. Mit Fortbildungsangeboten wollen wir mehr FLINTA*-Personen als Trainer*innen, Übungsleiter*innen und in Führungspositionen gewinnen. Bei der Vergabe von Sportflächen wollen wir, dass Vereine mit einem entsprechenden Angebot eine bessere Chance auf Trainingszeiten bekommen. Gleichzeitig stärken wir Awareness-Strukturen und setzen uns für diskriminierungsfreie Sportvereine und Sportveranstaltungen ein.

Auch im Medienbereich setzen wir uns für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, dessen Programm, Leitungsstrukturen und Gremien die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Unser Ziel ist ein rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsangebote der vielfältigen Stadtgesellschaft gerecht werden und in dem auch LSBTIQ*-Perspektiven selbstverständlich ihren Platz haben. In der Filmförderung wollen wir die bestehenden Fördersysteme weiterentwickeln und die Perspektiven einer diversen Stadtgesellschaft fest verankern.

Zu 10.:
Berlin soll ein sicherer Hafen sein, auch für queere Geflüchtete. Wir wollen, dass sie in Berlin wirksam geschützt werden und Zugang zu sicheren Unterkünften, Beratung und Unterstützung erhalten. Deshalb werden wir Anlauf- und Beratungsstellen für queere Geflüchtete sowie andere mehrfach marginalisierte queere Menschen in allen Teilen der Stadt fördern und die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen stärken.

In der Unterbringung setzen wir auf menschenwürdige und dezentrale Strukturen statt Massenunterkünfte. Unser Ziel sind mehr Wohnungen und kleinere Gemeinschaftsunterkünfte sowie Schwerpunktunterkünfte für besonders schutzbedürftige Personen wie queere Geflüchtete. Das bisherige Angebot reicht bei weitem nicht aus und ist nur prekär ausgestattet. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz wollen wir verbindliche Mindeststandards für Schutz, Qualität und Teilhabe schaffen. Dazu gehören aus unserer Sicht auch verbindliche queersensible Strukturen und Schutzkonzepte für alle Einrichtungen. Wir wollen, dass das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten mehr Kapazitäten bekommt, um besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig zu identifizieren und angemessen unterzubringen.

Darüber hinaus werden wir in der Wohnungsnotfallhilfe spezialisierte Angebote für LSBTIQ*-Personen ausbauen und setzen uns für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik ein. Queere Geflüchtete sollen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei Zugang zu Schutz, Beratung und Unterstützung erhalten.

Gerade queere Geflüchtete haben oft Gewalt, Verfolgung oder Diskriminierung erlebt und benötigen psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang zu ihr ermöglichen.

4. Antworten der CDU Berlin

Zu 1.:
Solche Zusagen können seriös nicht getätigt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der LSBTIQ+ Aktionsplan haushälterisch abgesichert wird. In welchem Umfang kann nicht gesagt werden. Zudem ist eine mehrjährige Förderung in der Haushaltssystematik nicht vorgesehen.

Zu 2.:
Indem die Punkte, welche dort genannt werden, umgesetzt werden. Unser Fokus wird auf dem Themenbereich Sicherheit und Freiheit liegen.

Zu 3.:
Ja.

Zu 4.:
Das Thema ist bereits im Bereich B (überfachliche Themen) in den Berliner Rahmenlehrplänen verankert. Verpflichtende Aus- und Fortbildungen für alle Pädagogen und Pädagoginnen sind immer sehr schwierig umzusetzen. Deswegen wird in der Regel auf Multiplikatoren gesetzt, welche sich einem Thema annehmen (ähnlich wie bei Digitalisierung, Kinderschutz oder ähnlichem). Wir werden ins Gespräch mit Trägern gehe, um hier Lücken zu erkennen und bei Bedarf zu schließen.

Zu 5.:
Durch das IGP und die LADS gibt es bereits gut etablierte Programme, welche ein breites Angebot haben. Hier müssen wir dafür sorgen, dass sich die Träger besser vernetzen, um mehr Wirksamkeit entfalten zu können. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass im Berliner Abgeordnetenhaus mehr Betroffene angehört werden, um Hemmschwellen besser zu erkennen und abbauen zu können.

Zu 6.:
Keine Antwort

Zu 7.:
Wir möchten die Berliner Vielfalt an queeren Bars, Clubs und Cafés erhalten. Da es sich jedoch um Wirtschaftsunternehmen handelt, werden wir nicht immer alles schützen können.

Zu 8.:
Wir unterstützen schon seit Jahren unterschiedliche Träger, wie beispielsweise die Schwulenberatung oder RuT. Es wurden innovative Konzepte umgesetzt, bei welchem die Träger gemeinsam mit einem Investor oder einer landeseigenen

Wohnungsbaugesellschaft Wohnraum speziell für queere Menschen geschaffen haben. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und die Träger dabei unterstützen mehr solcher Wohnprojekte in Berlin in die Umsetzung zu bringen.

Zu 9.:
Im Bereich Sport gibt es viele diverse Angebote, auch in den Außenbezirken. Diese werden von der zuständigen Senatsverwaltung bereits gefördert. Im Bereich Kunst und Kultur gibt es auch bereits Fördermöglichkeiten. Bei größeren Programmen sind Jurys für die Auswahl zuständig. Wir werden uns nicht in ein unabhängiges Juryverfahren einmischen.

Zu 10.:
Die Lage für queere Geflüchtete ist sehr schwierig. Hier müssten vor allem die Sozialarbeiter vor Ort in gemeinsamen Gesprächen sagen was genau gebraucht wird – sei es eine schnellere Überleitung von minderjährigen Geflüchteten ins Clearing oder mehr Schutz in MUFs. Konkrete Maßnahmen müssen hier vorab mit den Akteuren vor Ort besprochen werden, um auch die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

5. Antworten der Demokratischen Linken (DL)

Zu 1.:
Angesichts anhaltender gesellschaftlicher Probleme sind eine Queerbeauftragte beim Berliner Senat und in Verbindung damit ein Aktionsplan sehr wichtig, welcher letzterer auch eine Unterstützung der genannten Strukturen in allen Berliner Bezirken einschließt. Das muss nach der Neubildung des Senats sofort geschehen, statt es, wie leider so oft üblich, es erst einmal einer Kommission zu überlassen. Dazu bedarf es auch einer verlässlichen, stabilen Finanzierung, deren erforderliche Höhe wir allerdings nicht beurteilen können.

Zu 2.:
Da gilt, wie in leider vielen wichtigen Bereichen, schlicht vor allem: Handeln statt Reden!

Zu 3.:
Ja, das ist wichtig, um die Kommunikation zu verbessern und mehr Verständnis dieser Einrichtungen für erforderliche Maßnahmen zu bewirken.

Zu 4.:
Ja, die Verankerung in den Lehrplänen wie auch in den Aus- und Fortbildungen ist wichtig für die Einschätzung und Behandlung aller Mitmenschen, darunter Schülerinnen und Schüler, als gleichberechtigt in ihrer auch geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt.

Zu 5.:
Medizinische und psychotherapeutische Versorgung sind leider ein generelles Problem in Berlin, wobei bestimmte Gruppen, wie auch trans*, inter* und nichtbinäre Menschen, besonderer Hilfe bedürfen, die im oben genannten Aktionsplan festgelegt werden muss.

Zu 6.:
Gesetzliche Regeln müssen im Sinne der Gleichberechtigung vereinfacht werden, und die unter Punkt 3. verlangten Schulungen sind natürlich bei den genannten, relevanten Behörden besonders wichtig.

Zu 7.:
Erhaltung, Schaffung und Förderung besonderer Begegnungsorte muss ein Teil des Aktionsplans und seiner Finanzierung sein.

Zu 8.:
Auch hierfür ist vor allem die Schulung des Personals wichtig, für die sich der Berliner Senat einsetzen muss. Dazu kommt verstärkte öffentliche Aufklärung. Für beides soll sich die Queerbeauftragte beim Senat einsetzen und regelmäßig über Probleme und erzielte Ergebnisse berichten.

Zu 9.:
Auch das ist eine Aufgabe der Queerbeauftragten beim Senat und Teil des von und mit ihr zu entwickelnden Aktionsplans.

Zu 10.:
Geflüchtete sind generell Menschen, die besonderer Hilfe bedürfen, welche durch mehr geschultes Personal, insbesondere bei der Zuweisung geeigneten Wohnraums, verbessert werden muss. Die Bedrohung, der LSBTIQ* leider nicht selten ausgesetzt sind, und die durchaus bekannt ist, muss hierbei besondere Berücksichtigung finden sowohl bei der Personalauswahl als auch bei der Schulung und der Bereitstellung erforderlicher Mittel.

6. Antworten DIE LINKE Berlin

Zu 1.:
Ja. Die Linke Berlin verfolgt bei der Ausfinanzierung der Berliner Queerpolitik einen ganzheitlichen Ansatz. Richtig ist, dass es eine eigene, mehrjährige Haushaltslinie für die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) braucht. Bisher wird der Aktionsplan im Einzelplan 11 der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) ausgewiesen. Darüber hinaus kann und muss es Projekte mit LSBTIQ*-Bezug geben, die neben der bzw. über die IGSV hinaus gefördert werden und dementsprechend Bestandteil weiterer Einzelpläne sein können. Zu Beginn der Legislaturperiode hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin eine Schriftliche Anfrage zum Thema „Förderung queerer Strukturen in Berlin“ (Drucksache 19 / 14 463) an den Berliner Senat gestellt. Für das Jahr 2023 hat der Senat seinerzeit einen (Teil-)Ansatz von rund 17 Millionen Euro für Projekte mit LSBTIQ*-Bezug angegeben. Vor dem Hintergrund steigender Kosten und Bedarfe strebt Die Linke Berlin mindestens 20 Millionen Euro an, perspektivisch mit einer dynamischen Anpassung.

Die Linke Berlin unterstützt die Verankerung einer*eines Queerbeauftragten als unabhängige*n Beauftragte*n, analog etwa zur Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin partizipativere bzw. demokratischere Beteiligungsmodelle für und mit den queeren Communities erproben. Denkbar wäre etwa die Schaffung eines queeren Beirats auf Landesebene.

Die Linke Berlin unterstützt auch die langfristige Förderung von queeren Beratungs-, Selbsthilfe- und Community-Strukturen in den Bezirken. Dafür ist entscheidend, dass die Bezirke finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Schon jetzt ist es teilweise zu erleben, dass bspw. die Schaffung von bezirklichen Queerbeauftragten nur unter Kostendruck bzw. zulasten anderer Fachbereiche wie Gleichstellung/Feminismus gewährleistet werden kann. Zwar wurde mit der Verwaltungsreform das Konnexitätsprinzip verankert, zu lösen bleibt allerdings das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Bezirke. Die Linke Berlin steht für eine finanzielle Stärkung der Bezirke und priorisiert eine bedarfsgerechte Finanzierung der Bezirke gegenüber der Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen innerhalb des Systems der Kosten-Leistungsrechnung mit seinen vielfältigen Fehlanreizen.

Grundsätzlich gilt für Die Linke Berlin: Die Förderstrukturen müssen verstetigt und entbürokratisiert werden. Die Linke Berlin wird sich für eine längerfristige Finanzierung von Projekten starkmachen, damit auch die bürokratische Last für die Träger reduziert wird. Das gilt insbesondere für Projekte, die Leistungen erbringen, die faktisch staatliche Aufgaben darstellen. Wer in kurzen Förderzyklen gebunden ist, kann seine eigentlichen Aufgaben nur eingeschränkt erfüllen.

Zu 2.:
Für Die Linke Berlin sind die Evaluierung und Weiterentwicklung des Landesantidiskriminierungsgesetzes von zentraler Bedeutung. Schutzlücken müssen geschlossen werden. Konkret bedeutet dies, dass Die Linke Berlin den Katalog der Diskriminierungstatbestände um Aufenthaltsstatus, Staatsbürgerschaft, Fürsorgeverantwortung oder Gewichtsdiskriminierung erweitern wird. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin die LADG-Ombudsstelle personell stärken und ihre Befugnisse ausweiten. Zu den erweiterten Befugnissen zählt u.a. ein unabhängiges Presse- und Initiativrecht.

Nach wie vor wissen viele Berliner*innen nicht, welche Rechte sie im Falle von Diskriminierung durch den Staat haben. Deshalb wird Die Linke Berlin das LADG mit einer breit angelegten und auf die Communities zugeschnittenen Informationskampagne bekannter machen.

Zur Schließung von Schutzlücken bedarf es auf Bundesebene außerdem einer Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Der zuletzt von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf ist unzureichend. Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat deshalb den Antrag „Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken – Diskriminierungsschutz erweitern“ (Drucksache 21/4538) eingebracht. Dieser sieht u.a. die Aufnahme der Diskriminierungsmerkmale des sozialen Status, chronischer Erkrankungen oder Körpergewicht sowie die Streichung des Merkmals „Rasse“ vor. Letzteres Merkmal muss durch „Diskriminierung aus rassistischen Gründen“ ersetzt werden. Darüber hinaus sieht der Antrag die Einführung eines Verbandsklagerechts sowie eine Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) z.B. durch ein eigenes Klagerecht zur Schaffung von Präzedenzfällen vor. Diese Ziele wird Die Linke Berlin weiterverfolgen und gegenüber der Bundesregierung vertreten.

Hinsichtlich der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit bedarf es nach Ansicht von Die Linke Berlin einer konkreten Umsetzungsplanung, eines Zeitrahmens, klarer Verantwortlichkeiten, der Zuweisung von finanziellen Ressourcen sowie des Monitorings und der Evaluierung zur Überwachung des Fortschritts und zur Bewertung der Wirksamkeit der Strategie. Partizipative Prozesse zur Erarbeitung von entsprechenden Strategien sind nur dann sinnvoll, wenn die Strategien auch in die Praxis umgesetzt werden. Darüber hinaus darf die Diskussion um die Sicherheit von LSBTIQ* nicht dafür genutzt werden, um polizeiliche Repression oder Massenüberwachung zu legitimieren. Die Linke Berlin wird sich insbesondere für die Stärkung solidarischer Strukturen aus den queeren Communities (z.B. Opferhilfen) einsetzen, Angebote z.B. zur Selbstverteidigung fördern und die Prävention u.a. an Schulen ausbauen.

Zu 3.:
Ja. Die Linke Berlin unterstützt verbindliche Schulungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten in Landes- und Bezirkseinrichtungen. Entscheidend ist neben der

Verbindlichkeit die Qualität der Angebote zur Weiterbildung. Nur wenn Fortbildungen praxisnah, regelmäßig und qualitativ hochwertig sind, können sie ihre Wirkung entfalten.

Ziel ist eine Verwaltung, die diskriminierungssensibel arbeitet und die Lebensrealitäten queerer Menschen selbstverständlich berücksichtigt.

Zu 4.:
Ja. Auch bei den Fortbildungen von Lehrkräften ist es entscheidend, dass sie verpflichtend sind. Um eine Verpflichtung angemessen zu begründen, bedarf es allerdings eines qualitativ hochwertigen und praxisnahen Angebots bei den Fortbildungen. Die Linke Berlin wird deshalb u.a. die Kürzungen bei der Fachstelle Queerformat rückgängig machen und entsprechende Angebote stärken. Die jüngsten queerfeindlichen Vorfälle an Schulen haben darüber hinaus gezeigt, dass es ein strukturelles Problem mit Queerfeindlichkeit im Berliner Bildungssystem gibt, das z.B. auch die bezirklichen Schulaufsichten und die zuständige Senatsverwaltung als oberste Schulaufsichtsbehörde betrifft.

Neben der fächerübergreifenden Verankerung von „Bildung zur sexuellen Selbstbestimmung“ oder „Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter“ im Rahmenlehrplan braucht es mehr verpflichtende Inhalte für den Unterricht, die queeres Leben und die Belange von LSBTIQ* explizit abbilden.

Zu 5.:
Die grundlegendsten Probleme hinsichtlich der medizinischen Versorgung von trans, inter und nicht-binären Menschen sind die Frage der Kostenübernahme geschlechtsangleichender Maßnahmen und die grundsätzlich mangelhafte psychotherapeutische Versorgung. Die Linke Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass nach dem Urteil des Bundessozialgerichts von 2023 eine gesetzliche Grundlage für die Übernahme der Kosten geschlechtsangleichender Maßnahmen geschaffen wird. Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland kann nur durch eine angemessene Finanzierung gesichert werden. Das heißt auch: Die Kürzungen etwa bei den Honoraren der Psychotherapeut*innen müssen zurückgenommen werden.

Landeseigene Kliniken und Versorgungseinrichtungen wird Die Linke Berlin dabei unterstützen, die Versorgung von trans, inter und nicht-binären Patient*innen in den internen und öffentlichen Fortbildungsprogrammen zum Thema zu machen. Ein gutes Beispiel ist das Symposium „Versorgung von psychiatrischen Patientiet*innen mit trans/inter/nicht-binärem Hintergrund“ von Vivantes aus dem Jahr 2024. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin bestehende Strukturen wie die Beratungsstelle „Queer leben“ stärken, die auch Fortbildungen für medizinisches Personal anbieten.

Der Berliner Krisendienst hat sich als eine weitere wichtige Anlaufstelle zur niedrigschwelligen Unterstützung für Menschen in unterschiedlichen Krisen bewährt. Die

Linke Berlin wird den Berliner Krisendienst auch weiterhin finanziell fördern und hinsichtlich der Bedarfe marginalisierter Gruppen wie LSBTIQ* stärken.

Zu 6.:
Die Linke Berlin geht davon aus, dass das bestehende Abstammungsrecht in Deutschland verfassungswidrig ist. Die Partei Die Linke setzt sich seit vielen Jahren für eine Reform des Abstammungsrechts ein, die den Adoptionszwang bei lesbischen Frauen überwindet und trans Elternschaft vollumfänglich anerkennt. Die Linke Berlin wird sich gegenüber dem Bund für eine entsprechende Reform einsetzen. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin bestehende Regenbogenfamilien-Zentren stärken. Die IGSV sieht eine Verankerung von Themen wie Regenbogen(pflege)familien in den Fortbildungsangeboten für die Richter*innenschaft vor und insbesondere an den Familiengerichten – dieses Ziel wird Die Linke Berlin weiterverfolgen und sich analog dazu auch für eine verpflichtende Qualifizierung in Standesämtern, Jugendämtern, Elterngeldstellen (insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Elterngeld-Reform) und weiteren familienbezogenen Behörden einsetzen.

Zu 7.:
Im Dezember 2025 hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin den Antrag „Queere Räume sichern, Die Zeit drängt! – Berlin braucht zügig ein Landeskonzept zum Erhalt queerer Orte“ (Drucksache 19/2811) beschlossen. Das darin vorgesehene Landeskonzept soll als eigenes Handlungsfeld in der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) verankert werden. Konkrete Maßnahmen umfassen u.a. einen ein Sicherungsfonds für queere Räume in Notsituationen, die Entwicklung und Ermöglichung neuer queerer Räume sowie die explizite Berücksichtigung der queeren Community bei der Vergabe von landeseigenen Räumlichkeiten und Flächen. Dieses Ziel wird Die Linke Berlin weiterverfolgen.

Bestehende Strukturen und Liegenschaften – wie etwa im Falle des RAW-Geländes – müssen vor Gentrifizierung geschützt werden. Darüber hinaus gilt: Je mehr Community-Räume auch in Community-Hand sind, desto besser. Die Bewerbung des Berliner CSD e.V. für die World Pride 2032 betrachtet Die Linke Berlin als Chance zur Unterstützung bestehender und zur Schaffung neuer Community-Räume.

Darüber hinaus bedarf es für den langfristigen Erhalt queerer Infrastruktur einer engagierte Club- sowie einer sozialen Stadtentwicklungspolitik – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Die Linke Berlin kämpft seit vielen Jahren für städtische Maßnahmen wie die Ausweitung der Unterstützung von Schallschutzmaßnahmen oder die Vereinfachung von Zwischennutzungen. Der Bund muss u.a. bestehende und überzeichnete Clubförderprogramme wie die Initiative Musik ausweiten, eine Novellierung der „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) auf den Weg bringen und „Kulturschutzgebiete“ einführen.

Zu 8.:
Die Linke Berlin unterstützt seit vielen Jahren die Schaffung solidarischer Wohnprojekte, wie das Wohnprojekt des Rad und Tat e.V. in der Berolina Straße oder den Lebensort Vielfalt an der Schöneberger Linse. Solange die Wartelisten lang sind und der Bedarf groß ist, müssen weitere solcher und ähnlicher Projekte geschaffen werden, um gegenseitige Hilfe, soziale Teilhabe und Begegnung zu fördern und Einsamkeit bei queeren Senior*innen im Alter zu bekämpfen. Die Linke Berlin wird sich weiterhin für die Schulung von Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten und der Senior*innenarbeit sowie für den Ausbau diskriminierungssensibler Beratungs- und Unterstützungsangebote einsetzen. Die Linke Berlin wird das Handlungsfeld „Alter und Pflege“ der IGSV konsequent umsetzen bspw. hinsichtlich der diversitätssensiblen Öffnung der Altenhilfe. Das Handlungsfeld muss weiterentwickelt werden, damit queeres Leben in der Quartiersarbeit stärkere Berücksichtigung findet und entsprechende Angebote in den Bezirken gestärkt werden. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin die Fachstelle LSBTI, Altern und Pflege weiter ausbauen und sich dafür einsetzen, dass die Sichtbarkeit queerer Senior*innen – etwa in der Kampagnenarbeit der Landesantidiskriminierungsstelle – erhöht wird.

Zu 9.:
Analog zur queeren Vertretung im Rundfunkrat des rbb unterstützt Die Linke Berlin die Repräsentation von LSBTIQ* in Fachjurys, Beiräten und Entscheidungsgremien in den Bereichen Medien, Kultur und Sport. Dabei fordert Die Linke Berlin die stärkere Berücksichtigung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie Antidiskriminierung bzw. Diversität in der Berliner Kulturförderung, beim Landesspotbund und in der Sportförderung sowie der Medienförderung, etwa beim Medienboard Berlin-Brandenburg. Bei Förderprogrammen in den genannten Bereichen wird Die Linke Berlin Diversität explizit berücksichtigen und die Expertise queerer Communities in deren Ausgestaltung einbeziehen. Die Berliner Förderpolitik muss die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden.

Zu 10.:
Die Linke Berlin teilt die Kritik etwa von ILGA Europe an der Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), da durch diese u.a. aufgrund von beschleunigten Verfahren an der EU-Außengrenze mit dramatischen Menschenrechtsverletzungen, auch und besonders gegenüber queeren Geflüchteten zu rechnen ist. Auch die Angriffe der Bundesregierung auf die Asylverfahrensberatung und Rechtsberatung für queere Geflüchtete lehnt Die Linke Berlin ab. Die Linke Berlin wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität besonders schutzbedürftig sind, nicht abgeschoben werden. Es braucht dringend einen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Asyl- und Migrationspolitik.

Die Linke Berlin wird das Handlungsfeld „Flucht und Migration“ der IGSV konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Vielen queeren Geflüchteten droht die Wohnungslosigkeit. Daher wird Die Linke Berlin die Kürzungen in der queeren Wohnungslosenhilfe rückgängig machen und die bestehenden Angebote stärken. Die kürzlich von QueerHome veröffentlichten Handlungsempfehlungen wird Die Linke umsetzen und gegenüber der Bundesregierung vertreten. Die Abschaffung der Wohnsitztauflage z.B. ist seit vielen Jahren eine Forderung der Partei Die Linke. Die Linke Berlin wird sich u.a. dafür einsetzen, dass Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu WBS und geschütztem Wohnungsmarkt bekommen.

Die Linke Berlin wird die Kapazitäten für die Unterbringung queerer Geflüchteter, etwa in der Schwerpunktunterkunft des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung (LFU), erhöhen. Um die Sicherheit queerer Geflüchteter zu verbessern, wird Die Linke Berlin die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit, etwa hinsichtlich der Fortbildungsangebote zum Umgang mit Queerfeindlichkeit für Mitarbeitende der Migrationsbehörden sowie von Geflüchteten-Unterkünften, konsequent umsetzen. Wichtige Projekte der queeren Geflüchteten-Hilfe wird Die Linke Berlin weiter stärken.

7. Antworten der FDP Berlin

Zu 1.:
Wir bekennen uns ausdrücklich zum Schutz der Rechte von LSBTIQ*-Menschen und zu einer offenen Stadtgesellschaft, in der jeder Mensch frei und ohne Angst leben kann. Unser Grundsatzprogramm beschreibt Berlin als Regenbogenhauptstadt Europas und stellt die Würde und die Freiheit jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt liberaler Politik. Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wollen wir konsequent bekämpfen.

Wir erkennen ausdrücklich an, dass Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie Communitystrukturen einen wichtigen Beitrag leisten. Gerade für junge Menschen, für Betroffene von Diskriminierung oder Gewalt sowie für Menschen in schwierigen Lebenssituationen stellen sie oftmals eine unverzichtbare Unterstützung dar.

Gleichzeitig unterscheiden wir uns in der Frage der Ausgestaltung staatlicher Förderung. Aus liberaler Sicht sollte die Wirksamkeit einer Maßnahme im Mittelpunkt stehen und nicht ihre organisatorische Form. Deshalb stehen wir dauerhaften, festgeschriebenen Haushaltslinien grundsätzlich zurückhaltend gegenüber. Wir bevorzugen eine transparente, mehrjährige und verlässliche Förderung dort, wo nachweislich ein gesellschaftlicher Bedarf besteht und die eingesetzten Mittel messbare Wirkung entfalten.

Ebenso gilt für uns, dass die Einrichtung zusätzlicher Beauftragtenstrukturen sorgfältig darauf geprüft werden sollte, ob sie einen tatsächlichen Mehrwert gegenüber bestehenden Verwaltungsstrukturen schafft. Entscheidend ist aus unserer Sicht nicht die Zahl staatlicher Stellen, sondern dass die Anliegen der Betroffenen wirksam bearbeitet werden und Zuständigkeiten klar geregelt sind.

Unabhängig davon unterstützen wir den Erhalt einer vielfältigen Beratungs- und Unterstützungslandschaft in Berlin. Gerade in einer wachsenden und vielfältigen Metropole braucht es verlässliche Anlaufstellen für Menschen, die Beratung oder Unterstützung benötigen.

Zu 2.:
Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität benachteiligt oder bedroht werden. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit jedes Menschen wirksam zu schützen und Straftaten konsequent zu verfolgen.

Unser Schwerpunkt liegt deshalb auf einer leistungsfähigen Polizei, einer funktionierenden Justiz und einer konsequenten Strafverfolgung. Hasskriminalität gegen LSBTIQ*-Menschen muss schnell erkannt, konsequent verfolgt und statistisch transparent erfasst werden. Betroffene müssen niedrigschwellige Möglichkeiten erhalten, Straftaten anzuzeigen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Darüber hinaus unterstützen wir Präventionsarbeit, Aufklärung und Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sicherheit entsteht dort am nachhaltigsten, wo Strafverfolgung, Prävention und gesellschaftliche Sensibilisierung zusammenspielen.

Hinsichtlich des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes vertreten wir allerdings eine differenzierte Auffassung. Unser Ziel ist ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass rechtsstaatliche Grundsätze, insbesondere faire Verfahren und die Rechtssicherheit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, jederzeit gewahrt werden. Wir sehen deshalb Reformbedarf dort, wo Rechtsunsicherheiten bestehen oder das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung beeinträchtigt werden könnte.

Unser gemeinsames Ziel bleibt dennoch eindeutig: Niemand soll in Berlin aufgrund seiner Identität Angst vor Benachteiligung oder Gewalt haben müssen.

Zu 3.:
Die Berliner Verwaltung muss allen Menschen offen, respektvoll und diskriminierungsfrei begegnen. Dies gilt unabhängig von Herkunft, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität.

Qualifizierung und Fortbildung der Beschäftigten sind hierfür wichtige Instrumente. Deshalb unterstützen wir bedarfsgerechte Fortbildungsangebote, insbesondere für Bereiche mit regelmäßigem Bürgerkontakt oder besonderen Beratungsaufgaben.

Einen Unterschied sehen wir jedoch bei der Frage einer generellen Verpflichtung für sämtliche Beschäftigten der Berliner Verwaltung. Aus unserer Sicht sollte Fortbildung zielgerichtet und aufgabengerecht erfolgen. Unterschiedliche Behörden und Tätigkeitsbereiche haben unterschiedliche Anforderungen. Deshalb halten wir verpflichtende Schulungen für alle Beschäftigten unabhängig von ihrem Aufgabenbereich nicht für das wirksamste Instrument.

Stattdessen setzen wir auf eine moderne Personalentwicklung, die Führungskräfte stärkt, Diskriminierung konsequent ahndet und Beschäftigten dort Qualifizierungsangebote macht, wo sie für die tägliche Arbeit erforderlich sind.
Unabhängig davon erwarten wir selbstverständlich von allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen respektvollen, diskriminierungsfreien und professionellen Umgang mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Anspruch ergibt sich für uns unmittelbar aus dem Selbstverständnis eines freiheitlichen Rechtsstaats.

Zu 4.:
Wir stehen für eine Schule, die junge Menschen zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten und toleranten Persönlichkeiten befähigt. Dazu gehört

selbstverständlich, dass Schülerinnen und Schüler lernen, anderen Menschen mit Respekt zu begegnen und Vielfalt als Teil unserer freiheitlichen Gesellschaft zu verstehen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität angstfrei lernen können. Vielfalt und gegenseitiger Respekt sind für uns keine Randthemen, sondern Ausdruck einer offenen demokratischen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt altersgerecht im Unterricht vermittelt und Diskriminierung konsequent entgegengewirkt wird.

Gleichzeitig wollen wir Lehrkräfte bestmöglich unterstützen. Dazu gehören zeitgemäße Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote, die sie befähigen, sensibel mit unterschiedlichen Lebensrealitäten umzugehen und Diskriminierung frühzeitig zu erkennen und ihr entgegenzutreten. Dies entspricht auch unserem Beschluss zur **queeren Bildungsoffensive**, mit dem wir Freiheit und Vielfalt im Bildungswesen stärken wollen.

Aus liberaler Sicht sollten Bildungsziele verbindlich sein, die konkrete pädagogische Umsetzung jedoch den Schulen und den Lehrkräften den notwendigen Gestaltungsspielraum lassen. Gute Bildung entsteht nicht durch immer detailliertere Vorgaben, sondern durch hervorragend ausgebildete Lehrkräfte, pädagogische Freiheit und hohe Unterrichtsqualität.
Unser gemeinsames Ziel bleibt eine Schule, in der jedes Kind unabhängig von seiner Identität sicher lernen kann und niemand Ausgrenzung oder Diskriminierung erfährt.

Zu 5.:
Die gesundheitliche Versorgung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität offenstehen. Für uns ist entscheidend, dass Patientinnen und Patienten zeitnah Zugang zu einer qualitativ hochwertigen, evidenzbasierten und respektvollen medizinischen Versorgung erhalten.

Unser Wahlprogramm wird hier sehr konkret: Wir setzen uns für eine vorurteilsfreie Begleitung von Transitionen sowie für psychologische Beratungsangebote und eine hochwertige medizinische Versorgung ein. Queersensible Gesundheitsversorgung darf kein Zufall sein. Deshalb wollen wir ein strukturiertes Angebot queersensibler Versorgung im gesamten Stadtgebiet stärken – insbesondere im Umgang mit Trans-Identitäten.

Dazu gehören aus unserer Sicht die bessere Vernetzung bestehender Angebote, die Qualifizierung medizinischer Fachkräfte sowie der Abbau unnötiger Zugangshürden. Berlin verfügt mit der Charité und zahlreichen spezialisierten Einrichtungen über hervorragende Voraussetzungen, diese Kompetenz weiter auszubauen und als Gesundheitsmetropole auch im Bereich queersensibler Versorgung Maßstäbe zu setzen.

Neue staatliche Strukturen sind für uns dabei kein Selbstzweck. Entscheidend ist, dass Betroffene schnell, wohnortnah und kompetent versorgt werden. Deshalb setzen wir auf wirksame Angebote, wissenschaftlich fundierte Medizin und eine leistungsfähige Regelversorgung statt auf zusätzliche Bürokratie.

Zu 6.:
Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Der Staat sollte Familien nicht nach ihrer Form unterscheiden, sondern sie dabei unterstützen, ihr Leben möglichst unkompliziert und selbstbestimmt zu gestalten. Gerade deshalb sehen wir erheblichen Verbesserungsbedarf bei Verwaltungsverfahren. Wir verfolgen das Ziel einer umfassend digitalisierten, serviceorientierten Verwaltung, in der Behördengänge möglichst einfach, schnell und nachvollziehbar erledigt werden können. Davon profitieren Regenbogenfamilien ebenso wie alle anderen Familien in Berlin.

Wir unterstützen deshalb eine Vereinheitlichung und Vereinfachung von Verwaltungsabläufen sowie den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden. Wo Landesrecht oder Verwaltungsvorschriften verbessert werden können, sollten diese Möglichkeiten genutzt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass sich Berlin auf Bundesebene noch stärker für die vollständige Gleichstellung von Regenbogenfamilien einsetzt. Dazu gehört insbesondere eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts. Außerdem darf die zusätzliche Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch das Land Berlin homosexuelle Paare und Alleinstehende nicht schlechter stellen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch die gesetzliche Krankenversicherung auch für unverheiratete Paare, homosexuelle Partnerschaften und Alleinstehende geöffnet wird.

Für die Berliner Verwaltung gilt unabhängig davon: Alle Familien verdienen einen respektvollen, professionellen und diskriminierungsfreien Umgang. Mitarbeitende müssen über die geltende Rechtslage informiert sein und Bürgerinnen und Bürger kompetent beraten können. Unser Ziel bleibt eine Verwaltung, die Familien unterstützt, statt sie mit unnötiger Bürokratie zu belasten.

Zu 7.:
Queere Clubs, Bars, Cafés, Festivals, Archive und Community-Projekte prägen Berlin als Regenbogenhauptstadt Europas. Sie sind Orte der Begegnung, der Kultur und der Erinnerung, zugleich aber auch ein bedeutender Wirtschafts- und Tourismusfaktor für unsere Stadt. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Berlin weltweit als weltoffene und vielfältige Metropole wahrgenommen wird.

Wir wollen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich diese Vielfalt dauerhaft entfalten kann. Berlin muss ein sicherer Raum queerer Freiheits- und Erinnerungskultur bleiben.

Der wirksamste Beitrag des Landes besteht aus unserer Sicht darin, Bürokratie abzubauen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für Kultur, Gastronomie und Clubszene zu schaffen. Gerade queere Kulturorte benötigen Planungssicherheit und eine Verwaltung, die ermöglicht statt verhindert.

Wo gemeinnützige Beratungs-, Kultur- oder Begegnungsangebote gesellschaftlich wichtige Aufgaben übernehmen, unterstützen wir eine verlässliche Förderung. Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz, dass öffentliche Mittel transparent, nachvollziehbar und wirkungsorientiert eingesetzt werden sollen.

Unser Ziel ist ein Berlin, in dem queeres Leben sichtbar bleibt, kulturelle Vielfalt gefördert wird und Freiheit auch künftig den Charakter unserer Stadt prägt.

Zu 8.:
Für uns Freie Demokraten endet Selbstbestimmung nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Jeder Mensch soll unabhängig vom Alter die Möglichkeit haben, sein Leben eigenständig, würdevoll und entsprechend seiner persönlichen Lebensgeschichte zu gestalten.

Dies gilt selbstverständlich auch für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Seniorinnen und Senioren. Viele von ihnen haben über Jahrzehnte gesellschaftliche Ausgrenzung erlebt. Daraus können im Alter besondere Herausforderungen entstehen – etwa die Sorge vor Diskriminierung in Pflegeeinrichtungen oder die Angst, die eigene Identität erneut verbergen zu müssen.
Unser Wahlprogramm verfolgt das Ziel, älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und Barrieren im Alltag konsequent abzubauen. Gute Pflege bedeutet für uns deshalb immer auch einen respektvollen Umgang mit der Individualität jedes Menschen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste eine diskriminierungsfreie Versorgung gewährleisten und die unterschiedlichen Lebensrealitäten ihrer Bewohner respektieren. Dazu gehören eine gute Aus- und Fortbildung des Personals, klare Qualitätsstandards sowie ein professioneller Umgang mit Vielfalt.

Ebenso unterstützen wir quartiersbezogene Angebote, die Vereinsamung vorbeugen, Begegnung ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Solche Angebote sollten allen älteren Menschen offenstehen und zugleich sensibel für unterschiedliche Lebensgeschichten sein.

Unser Ansatz besteht dabei nicht darin, Menschen in möglichst viele Gruppen einzuteilen, sondern jedem Einzelnen mit Respekt, Würde und Professionalität zu begegnen. Gute Pflege erkennt den Menschen – nicht ein Etikett.

Zu 9.:
Berlin ist eine Stadt der Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich seit Jahrzehnten in ihrer Kunst, ihrer Kultur, ihrem Sport und ihren Medien wider. Das ist eine Stärke unserer Stadt, die wir ausdrücklich erhalten und weiterentwickeln wollen.

Wir treten für die Freiheit von Kunst, Kultur, Medien und Sport ein. Unser Grundsatzprogramm stellt die Kunstfreiheit ausdrücklich unter besonderen Schutz und beschreibt Berlin als offene, vielfältige und freiheitliche Metropole.

Wir begrüßen deshalb, wenn unterschiedliche Lebensrealitäten selbstverständlich sichtbar werden. Sichtbarkeit entsteht aus unserer Sicht jedoch in erster Linie durch die Freiheit künstlerischen und gesellschaftlichen Schaffens – nicht durch staatlich vorgegebene Quoten oder politische Steuerung kultureller Inhalte.

Auch bei Förderprogrammen setzen wir auf transparente Qualitätskriterien und faire Wettbewerbsbedingungen. Öffentliche Förderung sollte sich an der Qualität eines Projekts, seiner gesellschaftlichen Relevanz und seiner kulturellen Bedeutung orientieren. Eine vielfältige Förderlandschaft wird regelmäßig dazu beitragen, dass auch Projekte mit queerem Bezug angemessen berücksichtigt werden.

Im Sport unterstützen wir ein diskriminierungsfreies Miteinander und ein konsequentes Vorgehen gegen jede Form von Hass, Ausgrenzung und Gewalt. Sportvereine sollen Orte sein, an denen alle Menschen unabhängig von ihrer Identität willkommen sind und sich sicher fühlen können.

Unser Ziel ist eine offene Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich sichtbar ist, ohne dass der Staat kulturelle Entwicklungen im Einzelnen vorgibt.

Zu 10.:
Menschen, die vor Verfolgung fliehen mussten, verdienen Schutz und ein faires rechtsstaatliches Verfahren. Dies gilt in besonderem Maße für Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden.

Deshalb wollen wir, dass Berlin sich stärker für Schutzunterkünfte und Beratungsangebote für queere Menschen engagiert – insbesondere für queere Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte. Gerade sie sind häufig besonderen Gefährdungen ausgesetzt und benötigen sichere Unterbringung sowie spezialisierte Beratungsangebote.

Für uns Freie Demokraten ist der Schutz besonders vulnerabler Personen eine staatliche Aufgabe. In Gemeinschaftsunterkünften müssen Gewalt, Einschüchterung und Diskriminierung konsequent verhindert werden. Besondere Schutzbedarfe müssen bei Unterbringung und Betreuung frühzeitig berücksichtigt werden. Gleichzeitig unterstützen wir die enge Zusammenarbeit zwischen Unterkünften, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen.

Unser Ziel ist zugleich eine gelingende Integration. Deshalb setzen wir uns für schnelle Verfahren, einen frühen Zugang zu Bildung und Arbeit sowie die Vermittlung der Werte unseres freiheitlichen Rechtsstaats ein. Dazu gehören die Gleichberechtigung aller Menschen, die Achtung der sexuellen Selbstbestimmung und der konsequente Schutz vor Hass und Gewalt.

Wer dauerhaft in Berlin lebt, muss diese Grundwerte respektieren. Gewalt oder Einschüchterung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität dürfen niemals toleriert werden und müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

8. Antworten der Partei des Fortschritts

Zu 1.:
Wir messen dem Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan und einer verlässlichen Unterstützung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen eine hohe Bedeutung bei. Derzeit können wir jedoch noch keine konkrete Höhe einer Haushaltslinie oder einen prozentualen Anteil benennen, da wir den Landeshaushalt zunächst umfassend bewerten möchten.

Für uns ist klar: Queere Strukturen brauchen Planungssicherheit und dürfen nicht von kurzfristigen Förderentscheidungen abhängig sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Finanzierungen langfristig und über einzelne Haushaltsperioden hinaus zu verankern und gemeinsam mit Fachverbänden, Communityorganisationen und Expert*innen tragfähige Fördermodelle zu entwickeln.

Dazu gehört auch die Prüfung einer dauerhaften Verankerung entsprechender Zuständigkeiten im Senat sowie eine verlässliche Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communityangeboten in allen Berliner Bezirken. Unser Anspruch ist eine bedarfsgerechte, nachhaltige und transparente Finanzierung, die queere Infrastruktur langfristig stärkt.

Zu 2.:
Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz und die Landesstrategie für queere Sicherheit sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Diskriminierung und Queerfeindlichkeit. Entscheidend ist, dass sie konsequent umgesetzt und mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Wir setzen uns für starke Beratungs- und Präventionsangebote, eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden, Polizei und Zivilgesellschaft sowie eine konsequente Ahndung queerfeindlicher Straftaten ein. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass der wirksamste Schutz vor Queerfeindlichkeit in Bildung, Aufklärung und einer Kultur der gegenseitigen Wertschätzung liegt.

Ebenso lehnen wir jede Form eines Sonderregisters ab, in dem Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gesondert erfasst werden. Der Staat muss Menschen schützen und ihre Grundrechte wahren – nicht sie aufgrund ihrer Identität registrieren. Unser Ziel ist eine Politik, die Freiheit, Sicherheit und den Schutz vor Diskriminierung gleichermaßen gewährleistet.

Zu 3.:
Ja. Wir setzen uns für verbindliche Schulungen und Weiterbildungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen ein, um die Sensibilität für queere Lebensrealitäten nachhaltig zu stärken.

Öffentliche Einrichtungen tragen eine besondere Verantwortung, allen Menschen diskriminierungsfrei und respektvoll zu begegnen. Dafür braucht es nicht nur klare Regeln, sondern auch Wissen, Verständnis und eine aktive Auseinandersetzung mit Vielfalt. Queerfeindlichkeit entsteht häufig durch Unwissen und Vorurteile – genau dort muss Prävention ansetzen.

Auch innerhalb unserer Partei beschäftigen sich bereits Arbeitsgruppen mit der Frage, wie Queer-Beauftragte in Landes- und Bezirkseinrichtungen sowie queersensible Ansprechstrukturen in der Arbeitswelt gestärkt und weiterentwickelt werden können. Diese Expertise wollen wir nutzen, um konkrete und wirksame Maßnahmen voranzubringen.

Unser Ziel ist eine öffentliche Verwaltung und Arbeitswelt, in der LSBTIQ* selbstverständlich respektiert werden und Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher und gleichberechtigt teilhaben können.

Zu 4.:
Ja. Wir setzen uns entschieden dafür ein, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verbindlich in den Berliner Lehrplänen zu verankern und verpflichtende Aus- und Fortbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte – einschließlich freier Schulen – sicherzustellen.

Queerfeindlichkeit entsteht in den Köpfen von Menschen. Deshalb muss die Lösung dort ansetzen, wo Vorurteile entstehen: bei Bildung, Aufklärung und der Entwicklung von Haltung. Kontrollen und Sanktionen können einzelne Vorfälle ahnden, aber sie können die Ursachen von Diskriminierung nicht nachhaltig beseitigen.

Wir stehen für eine aktive und positive Toleranz, die Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern als Bereicherung unserer Gesellschaft vermittelt. Schulen sind zentrale Orte, an denen junge Menschen lernen, respektvoll miteinander umzugehen, Vorurteile abzubauen und eine demokratische Kultur des Miteinanders zu entwickeln.

Darüber hinaus sehen wir großes Potenzial in einem stärkeren Stellenwert von Psychologieunterricht an Schulen. Ein besseres Verständnis für menschliches Verhalten, Gefühle, Vorurteile und soziale Dynamiken kann dazu beitragen, Empathie zu fördern, Konflikte besser zu lösen und Diskriminierung frühzeitig entgegenzuwirken. Hier besteht aus unserer Sicht in Berlin noch deutlicher Nachholbedarf.

Zu 5.:
Die psychotherapeutische Versorgung steht in Berlin insgesamt vor großen Herausforderungen. Durch aktuelle bundespolitische Entscheidungen, wie die geplante

Absenkung der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen, besteht die Gefahr einer weiteren Verschärfung der Versorgungslage.

Als Partei des Fortschritts setzen wir uns dafür ein, die gesundheitliche Versorgung für alle Menschen sicherzustellen und Zugangshürden abzubauen. Dabei müssen die besonderen Bedarfe von trans*, inter* und nichtbinären Menschen stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen gemeinsam mit Betroffenen, Fachstellen und Expert*innen konkrete Maßnahmen entwickeln, darunter bessere Koordinationsstrukturen, Weiterbildungen für Fachpersonal und gezielte Förderprogramme. Gleichzeitig müssen wir die psychotherapeutische Versorgung insgesamt stärken, damit Wartezeiten sinken und niemand aufgrund von Diskriminierung oder fehlenden Angeboten ausgeschlossen wird.

Zu 6.:
Regenbogenfamilien sind ein selbstverständlicher Teil unserer Berliner Stadtgesellschaft und müssen in allen Verwaltungsverfahren gleichberechtigt und diskriminierungsfrei behandelt werden. Noch immer erleben viele queere Familien unnötige bürokratische Hürden und fehlende Sensibilität in Behörden.

Wir setzen uns für eine moderne, digitale und zunehmend automatisierte Verwaltung ein, die Verfahren vereinfacht, beschleunigt und für alle Menschen zugänglicher macht. Dazu gehören einheitliche und transparente Vorgaben für Verfahren wie Stiefkindadoptionen sowie klare, diskriminierungsfreie Abläufe in Standesämtern, Jugendämtern und Elterngeldstellen.

Gleichzeitig braucht es verbindliche Schulungen und Qualifizierungen für Mitarbeitende, damit queere Familien kompetent und wertschätzend unterstützt werden. Digitalisierung und Automatisierung können dabei helfen, bürokratische Hürden abzubauen – sie ersetzen aber nicht die notwendige Sensibilität und das Verständnis für unterschiedliche Familienrealitäten.

Unser Ziel ist eine moderne Verwaltung, die Familien in ihrer tatsächlichen Vielfalt anerkennt, unterstützt und niemanden aufgrund der Familienform benachteiligt.

Zu 7.:
Queere Infrastruktur ist ein zentraler Bestandteil der Berliner Stadtkultur und macht Berlin vielfältig, offen und lebenswert. Der Verlust von queeren Bars, Clubs und Begegnungsorten wie zuletzt die Schließung langjähriger und historisch bedeutender Orte der Schwulenszene wie SchwuZ sind eine bedauerliche Entwicklung, der wir entschieden entgegenwirken wollen.

Wir setzen uns dafür ein, das Clubsterben zu stoppen und queere Kulturorte stärker zu schützen und zu unterstützen. Clubs und queere Begegnungsorte müssen als kulturelle

Einrichtungen ernst genommen werden - vergleichbar mit anderen schützenswerten Kulturorten wie Opern oder Theatern. Dazu gehören bessere Förderstrukturen, Schutz vor Verdrängung und eine Stadtentwicklung, die kulturelle Freiräume erhält.

Dazu gehört auch eine Verkehrspolitik, die nicht durch Projekte wie den weiteren Ausbau der A100 zusätzlichen Druck auf gewachsene Kiezstrukturen und Kulturorte ausübt. Die queere Szene ist ein unverzichtbarer Teil Berlins – ohne sie wäre unsere Stadt ärmer und weniger lebenswert.

Zu 8.:
Queere Senior*innen gehören selbstverständlich zur Berliner Stadtgesellschaft und verdienen Sichtbarkeit, Anerkennung und eine diskriminierungsfreie Unterstützung im Alter. Gleichzeitig steht Berlin vor einer wachsenden Herausforderung durch Alterseinsamkeit, von der auch viele queere ältere Menschen betroffen sind.

Wir setzen uns dafür ein, soziale Teilhabe im Alter zu stärken und neue Wohn- und Unterstützungsformen zu fördern – etwa intergenerationelles Wohnen, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Clusterwohnungen. Solche Modelle können Einsamkeit entgegenwirken und Menschen ermöglichen, auch im Alter selbstbestimmt und in Gemeinschaft zu leben.

Darüber hinaus müssen Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen und Angebote der Quartiersarbeit stärker für die Lebensrealitäten queerer Senior*innen sensibilisiert werden. Dazu gehören Weiterbildungen für Fachkräfte und die Förderung queersensibler Angebote.

Berlin muss eine Stadt sein, in der Menschen in jeder Lebensphase sicher, selbstbestimmt und verbunden leben können. Queere Senior*innen dürfen im Alter nicht unsichtbar werden – ihre Erfahrungen und ihr Engagement sind ein wichtiger Teil unserer Stadt.

Zu 9.:
LSBTIQ* sind ein selbstverständlicher Teil der Berliner Stadtgesellschaft und müssen sich auch in der Medien-, Kultur- und Sportlandschaft unserer Stadt wiederfinden. Sichtbarkeit schafft Anerkennung, wirkt Diskriminierung entgegen und stärkt gesellschaftliche Teilhabe.

Wir setzen uns dafür ein, queere Perspektiven in bestehenden Förderstrukturen stärker zu berücksichtigen und zu prüfen, wie gezielte Förderlinien für queere Kultur-, Medien- und Sportprojekte ausgebaut werden können. Gleichzeitig müssen queere Menschen stärker in Entscheidungs- und Beratungsgremien vertreten sein, damit ihre Erfahrungen und Perspektiven bei der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung von Programmen einfließen.

Berlin hat bereits erfolgreiche Beispiele für gelebte queere Teilhabe, etwa den queeren Sportverein Vorspiel SSL Berlin, der seit Jahrzehnten zeigt, wie Sport Räume für Begegnung, Gemeinschaft und Akzeptanz schaffen kann. Solche Strukturen müssen erhalten, sichtbar gemacht und weiter gestärkt werden.

Gerade Berlin lebt von seiner vielfältigen Kultur- und Sportlandschaft. Eine stärkere Repräsentation von LSBTIQ* ist daher keine Sonderförderung, sondern ein wichtiger Beitrag zu einer vielfältigen, demokratischen und lebenswerten Stadt.

Zu 10.:
Die Unterbringung und der Schutz von Geflüchteten sind eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der Berlin allen Menschen Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen gewährleisten muss. Gleichzeitig erkennen wir an, dass LSBTIQ*-Geflüchtete aufgrund von Diskriminierung, Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen häufig einer besonderen Risikolage ausgesetzt sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese besonderen Schutzbedarfe in Unterkünften stärker berücksichtigt werden. Dazu gehören diskriminierungssensible Schulungen für Mitarbeitende, verlässliche Beschwerde- und Schutzstrukturen sowie der Ausbau spezialisierter Beratungsangebote für LSBTIQ*-Geflüchtete.

Geflüchtete Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder sexuellen Orientierung sicher leben können. Der Schutz vor Gewalt und ein Zugang zu Unterstützung und Beratung sind für uns zentrale Bestandteile einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik.

9. Antworten der SPD Berlin

Zu 1.:
Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. LSBTIQ+-Rechte bleiben unser Maßstab für sozialen Fortschritt und den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir konsequent um. Wir entwickeln ihn weiter und sichern ihn finanziell ab.

Wir etablieren in allen Bezirken Queerbeauftragte und verstetigen den Queerbeauftragten auch im Senat. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Ein Onlineportal macht die Angebote in der Stadt besser erreichbar. Denn: Sichtbarkeit schützt. Solidarität stärkt. Wir etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern. Ganz besonders schützen wir trans, inter, nicht binäre und agender Menschen** sowie queere BIPoC. Sie brauchen gezielte Unterstützung. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung.

In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen. Zusätzlich brauchen queere Jugendliche sichere Orte, an denen sie Respekt erfahren. Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus. Wir stärken Regenbogenfamilienzentren und Peer-Projekte. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab. Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte. Auch die Jugendhilfe muss queere Lebensrealitäten berücksichtigen und darf Diskriminierung keinen Platz lassen.

Queere Perspektiven in Bildung, Jugend und Familie verankern wir gesetzlich. Dazu gehören ein queeres Jugendforum und regelmäßige Fortbildungen. Berlin fördert queere Kunst und Kultur einschließlich der Erinnerungsarbeit. Ein Landeskonzept schützt queere Orte. Angriffe darauf nehmen wir ernst und handeln entschlossen. Wir richten einen Fonds ein, auf den angegriffene queere Orte niederschwellig zugreifen können.

Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort. Wir kämpfen für die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort ausdrücklich verboten sein. Auf Bundesebene verteidigen wir das Selbstbestimmungsgesetz. Gleichstellung duldet keinen Aufschub. Gleichzeitig treiben wir die Gleichstellung von Regenbogenfamilien entschlossen voran.

Zu 2.:
Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt.

Diese Vielfalt macht Berlin stark. Und wir schützen sie – durch unseren Einsatz für Chancengleichheit, Demokratie und Respekt. Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

Die Ombudsstelle des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) statten wir deshalb mit mehr Rechten aus. Dazu zählen Initiativ- und Befragungsrechte sowie eine Berichtspflicht. Eine unabhängige Beschwerdestelle Schule ergänzt den Schutz im Bildungsbereich. Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein. Wir bauen Beratungsstellen aus.

Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort.

Zu 3.:
Die Berliner Verwaltung muss hier vorangehen. Wir stärken das Diversity-Landesprogramm und etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Wir unterstützen eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache. Ein Verbot der Verwendung von Sonderzeichen lehnen wir ab. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort.

Zu 4.:
Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Deshalb setzen wir uns für eine queer-, rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien ein. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module – in allen Entwicklungsstufen.

In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen.

Zu 5.:

Wir bringen geschlechtersensible und altersspezifische Medizin voran. Jede*r soll die beste Behandlung erhalten. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung. Gesundheit und Versorgungsstrukturen für queere Menschen sind in Deutschland noch zu ungleich verteilt. Trotz der die Gesetzesänderungen der letzten Jahre braucht es eine gezielte Sensibilisierung, niedrigschwellige Angebote und die Einbindung von queeren Unterstützungsnetzwerken, um das Gesundheitssystem zugänglicher für queere Menschen zu machen.

Zu 6.:
Für uns ist Familie vielfältig. Unsere Politik trägt dieser Realität Rechnung. Ein-Eltern-, Patchwork-, Regenbogen- und klassische Familien – sie alle gehören zu Berlin. In Berlin und im Bund setzen wir uns für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein. Auf Berliner Landesebene wirken wir darauf hin, dass die Verwaltung strukturelle Diskriminierung bekämpft und schulen Beschäftigte verbindlich.

Zu 7.:
Die SPD Berlin setzt sich für einen Nothilfefonds für queere Orte in Berlin ein, in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel des Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis geratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Einrichtungen des queeren Lebens vor der Schließung bewahrt werden können. Für akut in wirtschaftliche Not geratene queere Clubs soll es ein niedrigschwelliges finanzielles Förderprogramm zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben, ebenso wie Beratungsangebote bei Mietrechtsfragen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet werden, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrichtungen richten. Wir initiieren für Clubs erstmals eine Spielstättenförderung. Wir erarbeiten ein Landeskonzept zum Schutz und Erhalt queerer Orte.

Zu 8.:
Wir bringen geschlechtersensible und altersspezifische Medizin voran. Jede*r soll die beste Behandlung erhalten. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere
für trans* Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung.

Wir sehen auch die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen beim Älterwerden. Viele haben die Sorge, in Alten- oder Pflegeheimen erneut Diskriminierung zu erfahren oder nicht so leben zu können, wie sie es gewohnt sind. Deshalb sind diskriminierungsfreie

Angebote wichtig und wir sind froh, dass es diese in Berlin mit queeren Pflege-WGs und einem Qualitätssiegel beispielgebend gibt.

Zu 9.:
Queere Rechte sind Menschenrechte. Berlin ist und bleibt Regenbogenhauptstadt. Die SPD steht klar dazu und setzt das auch strukturell um. Im Medienbereich ist der LSVD Berlin-Brandenburg bereits im rbb-Rundfunkrat vertreten und bringt dort die Perspektive der queeren Community ein. Diese Beteiligung ist ein wichtiges Signal und wir unterstützen sie ausdrücklich. Im Sport stärken wir Diversity- und Queer-Kompetenzen gezielt weiter. Die Kompetenz- und Koordinierungsstelle für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Sport unterstützen wir dauerhaft. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der LSVD auch im Olympia-Kuratorium vertreten ist, damit queere Perspektiven auch in der Spitzensportpolitik gehört werden. Queere Kultur- und Kunstschaffende sind Teil Berlins und prägen diese Stadt. Wir sichern ihre Förderung und stärken ihre Sichtbarkeit in Berlins Kulturlandschaft.

Zu 10.:
Als SPD Berlin setzen wir uns bereits seit Jahren dafür ein, dass alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden und Aufnahmeeinrichtungen Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*- Geflüchteten angeboten werden sollen. Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusammenarbeit mit entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden. Darüber hinaus soll in allen Aufnahmeeinrichtungen ein niedrigschwelliger Zugang zu rechtlicher, gesundheitlicher und psychologischer Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet werden. In allen Aufnahmeeinrichtungen sind LSBTQIA*-inklusive Schutzkonzepte umzusetzen, damit auch für Gruppen mit erhöhtem Diskriminierungsrisiko – insbesondere LSBTQIA*-Geflüchtete – ein gewalt- und diskriminierungsfreies Zusammenleben gewährleistet ist. Bei einer Gefährdungslage oder Gewaltvorfällen müssen Schutzräume zur Verfügung stehen und eine zügige Verlegung in Einzelzimmer oder andere Unterkünfte ermöglicht werden. Zudem sollten weitere Aufnahmeeinrichtungen speziell für vulnerable Gruppen, darunter auch LSBTQIA*-Geflüchtete, geschaffen werden.

10. Antworten der Tierschutzpartei Berlin

Zu 1.:
Die Tierschutzpartei setzt sich dafür ein, die Berliner LSBTIQ+-Politik dauerhaft abzusichern und strukturell zu stärken. Dazu gehört eine eigene, mehrjährige und transparent ausgewiesene Haushaltslinie für den LSBTIQ+-Aktionsplan. Wir wollen die Finanzierung so ausgestalten, dass Beratungsstellen, Selbsthilfeangebote und Communitystrukturen in allen Bezirken langfristige Planungssicherheit erhalten und nicht von kurzfristigen Projektentscheidungen abhängig sind. Wir unterstützen außerdem die dauerhafte Verankerung einer Queerbeauftragten auf Senatsebene für die kommende Legislaturperiode.

Eine konkrete Summe können wir derzeit nicht seriös beziffern. Dazu bedarf es einer transparenten Bedarfsanalyse und der Einbindung der betroffenen Fachstellen und Verbände. Wir lehnen es ab, ohne fachliche Grundlage einen Betrag zu nennen. Maßgeblich ist für uns, dass die bereitgestellten Mittel ausreichen, um die Ziele des Aktionsplans sowie die langfristige Förderung der Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen in allen Berliner Bezirken verlässlich zu gewährleisten.

Zu 2.:
Die Tierschutzpartei steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sicher und selbstbestimmt leben können. Die konsequente Anwendung des LADG und die Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit sind dafür zentrale Bausteine.

Wir wollen die Rechte von Betroffenen stärken und Beratungs- und Unterstützungsangebote langfristig absichern und ausbauen. Dazu gehören niedrigschwellige, barrierefreie, mehrsprachige und diskriminierungssensible Angebote für Menschen, die queerfeindliche Gewalt oder Diskriminierung erfahren. Behörden, Polizei, Justiz und öffentliche Einrichtungen müssen verlässliche Beschwerde- und Schutzstrukturen gewährleisten.

Wir wollen queere Einrichtungen, Beratungsstellen und Kulturorte besser schützen, queerfeindliche Gewalt konsequenter erfassen und verfolgen sowie Prävention stärken. Schulen, Jugendhilfe, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Arbeitsplätze und der digitale Raum müssen sichere Orte sein, an denen Vielfalt selbstverständlich ist.

Zu 3.:
Vielfalt und ein diskriminierungsfreier Umgang müssen in allen öffentlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. Deshalb setzen wir auf verbindliche Schulungen für Beschäftigte in Verwaltung, Schulen, Polizei und dem Gesundheitswesen, um für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren und Diskriminierung wirksam

vorzubeugen. Denn Diskriminierung gegenüber LGBTQIA+-Personen ist nach wie vor Realität, auch in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Prävention durch Aufklärung ist deshalb ein unverzichtbarer Baustein für eine gerechte und inklusive Gesellschaft.

Zu 4.:
Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gehören zur Lebensrealität unserer Gesellschaft und müssen deshalb auch im Bildungswesen Berücksichtigung finden. Wir setzen uns für eine verbindliche Verankerung in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (auch an freien Schulen) ein. Bildung und Aufklärung sind die wirksamsten Mittel, um Vorurteile abzubauen und Queerfeindlichkeit nachhaltig entgegenzuwirken.

Zu 5.:
Die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen muss bedarfsgerecht und diskriminierungsfrei gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, Beratungs- und Koordinationsstellen auszubauen, die Betroffene bei der Suche nach geeigneten medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten unterstützen und die Vernetzung zwischen Praxen, Kliniken, Beratungsstellen und Selbsthilfe fördern. Gleichzeitig wollen wir verpflichtende Fort- und Weiterbildungen zu geschlechtlicher Vielfalt und den spezifischen Bedarfen von trans*, inter* und nichtbinären Menschen für medizinisches und psychotherapeutisches Fachpersonal ausbauen.

Zu 6.:
Regenbogenfamilien müssen in Berlin ohne zusätzliche bürokratische Hürden anerkannt und unterstützt werden. Wir setzen uns für einheitliche, transparente und vereinfachte Verfahren bei Stiefkindadoptionen in queeren Familien ein und wollen unnötige Verzögerungen und Unsicherheiten abbauen.

Dazu gehören verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende in relevanten Behörden wie Standesämtern, Jugendämtern und Elterngeldstellen zu den Rechten und Lebensrealitäten queerer Familien. Verwaltungsverfahren müssen diskriminierungsfrei gestaltet sein und alle Familienformen gleichberechtigt berücksichtigen.

Zu 7.:
Queere Bars, Cafés und Clubs sind wichtige Begegnungsräume, Schutzräume und ein unverzichtbarer Teil der Berliner Kulturlandschaft. Wir setzen uns dafür ein, diese Orte langfristig zu erhalten und strukturell zu fördern. Dazu gehören eine bessere Berücksichtigung queerer Einrichtungen in der Stadtentwicklung, die Absicherung durch Kulturförderprogramme sowie Unterstützung beim Umgang mit Herausforderungen wie steigenden Mieten und Lärmschutzregelungen.

Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Safe Spaces für queeres Leben in allen Bezirken vorantreiben und bestehende queere Beratungsstellen, Kulturzentren und Jugendangebote dauerhaft stärken. Queere Infrastruktur darf nicht vom Zufall oder kurzfristigen Förderungen abhängen, sondern braucht eine verlässliche politische Unterstützung.

Zu 8.:
Queere Senior*innen haben ein Recht darauf, auch im Alter selbstbestimmt und diskriminierungsfrei zu leben. Wir setzen uns dafür ein, queersensible Pflege und Altenhilfe in Berlin flächendeckend zu stärken und bestehende gute Ansätze weiter auszubauen.
Dazu gehören verpflichtende Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für Pflegekräfte und Mitarbeitende in der Altenhilfe, sowie der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für queere Senior*innen. Erfolgreiche Projekte wie der „Lebensort Vielfalt“ zeigen, wie wichtig sichere und diskriminierungsfreie Räume im Alter sind. Solche Strukturen müssen erhalten, gefördert und in weitere Bezirke getragen werden.
Auch in der Quartiersarbeit wollen wir queere Senior*innen stärker sichtbar machen und Begegnungsangebote fördern, um Einsamkeit und soziale Isolation im Alter entgegenzuwirken.

Zu 9.:
LSBTIQ*-Menschen sind ein selbstverständlicher Teil der Berliner Stadtgesellschaft und müssen auch in Medien, Kultur und Sport sichtbar und repräsentiert sein. Wir setzen uns dafür ein, queere Projekte und Perspektiven in Förderprogrammen stärker zu berücksichtigen und bestehende Förderstrukturen gezielt weiterzuentwickeln. Dazu gehören die Förderung queerer Kulturorte und Veranstaltungen, die Unterstützung von Projekten zur Sichtbarkeit queerer Lebensrealitäten sowie eine stärkere Beteiligung queerer Menschen in relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen. Queere Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft und muss entsprechend anerkannt und gefördert werden.

Zu 10.:
Wir setzen uns für spezielle Schutzplätze und Wohnangebote für queere Geflüchtete ein, insbesondere für Menschen, die in regulären Unterkünften Gewalt oder Ausgrenzung erfahren. Dafür wollen wir queere Beratungsstellen und psychosoziale Angebote dauerhaft fördern, geschulte Ansprechpersonen in Geflüchtetenunterkünften etablieren und verbindliche Schutzkonzepte gegen homo-, trans- und interfeindliche Gewalt umsetzen. Queere Geflüchtete brauchen niedrigschwellige Unterstützung und sichere Anlaufstellen, unabhängig davon, in welchem Bezirk sie leben.

11. Antworten Volt Berlin

Zu 1.:
Volt setzt sich für eine mehrjährige, eigenständige Haushaltslinie ein, die den tatsächlichen Finanzierungsbedarf von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen deckt und jährlich mindestens an die Preisentwicklung angepasst wird. Deshalb unterstützen wir mehrjährige Finanzierungszusagen für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan und eine dauerhafte Verankerung einer Queerbeauftragten beim Senat. Einen konkreten Haushaltsansatz legen wir erst im Rahmen der Haushaltsberatungen fest.

Zu 2.:
Volt versteht den Schutz queerer Menschen als Kernaufgabe eines freiheitlichen Rechtsstaats. Deshalb wollen wir das Landesantidiskriminierungsgesetz wirksam umsetzen, queerfeindliche Hasskriminalität konsequent verfolgen und Betroffene besser unterstützen. Dazu gehören spezialisierte Ansprechpersonen bei Polizei und Justiz, regelmäßige Fortbildungen, eine bessere Erfassung queerfeindlicher Straftaten sowie eine langfristige Förderung von Präventions-, Beratungs- und Communitystrukturen.

Zu 3.:
Ja. Volt unterstützt verbindliche Fortbildungen zu Vielfalt, Antidiskriminierung und queeren Lebensrealitäten im öffentlichen Dienst. Wer für den Staat arbeitet, muss allen Menschen diskriminierungsfrei begegnen können. Regelmäßige Schulungen stärken die Handlungssicherheit der Beschäftigten und verbessern die Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Zu 4.:
Volt unterstützt die verbindliche Verankerung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht. Schule soll die Lebensrealität aller Kinder und Jugendlichen abbilden und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen fördern. Deshalb befürworten wir verpflichtende Aus- und Fortbildungen pädagogischer Fachkräfte sowie diskriminierungssensible Lehrmaterialien.

Zu 5.:
Volt setzt sich für eine diskriminierungsfreie und leicht zugängliche Gesundheitsversorgung ein. Dazu gehört, dass trans*, inter* und nichtbinäre Menschen wohnortnah qualifizierte medizinische und psychotherapeutische Angebote finden. Wir unterstützen den Ausbau interdisziplinärer Gesundheitszentren, bessere Fortbildungen für medizinisches Personal sowie den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden beim Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Zu 6.:

Volt will, dass Familien unabhängig von ihrer Zusammensetzung gleich behandelt werden. Deshalb setzen wir auf eine diskriminierungsfreie, digitale Verwaltung und einfache Verfahren. Mitarbeitende in Jugendämtern, Standesämtern und anderen relevanten Behörden sollen regelmäßig zu den Rechten queerer Familien fortgebildet werden. Wo Berlin Verfahren vereinfachen kann, etwa durch einheitliche Standards und digitale Abläufe, wollen wir diese Möglichkeiten konsequent nutzen.

Zu 7.:
Volt versteht queere Bars, Cafés, Clubs und Communityorte als wichtigen Teil der Berliner Stadtgesellschaft. Wir wollen sie durch verlässliche Strukturförderung, die Sicherung geeigneter Standorte und bessere Rahmenbedingungen dauerhaft erhalten. Dazu gehören die Ausweisung geeigneter Flächen, Schutz vor Verdrängung und die Förderung queerer Kulturveranstaltungen sowie alkoholfreier Begegnungsangebote.

Zu 8.:
Volt will, dass ältere queere Menschen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Dafür stärken wir wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeangebote, fördern altersgerechte Begegnungsorte und setzen uns für diskriminierungssensible Fortbildungen in Pflege und Altenhilfe ein. Queere Senior*innen sollen in Quartiersarbeit und kommunalen Angeboten selbstverständlich mitgedacht werden.

Zu 9.:
Volt setzt sich für eine Kultur- und Sportförderung ein, die die Vielfalt Berlins sichtbar macht. Verlässliche Strukturförderung statt kurzfristiger Projektförderung stärkt auch queere Kultur- und Sportangebote. Zudem unterstützen wir transparente Förderverfahren und vielfältig besetzte Gremien, damit unterschiedliche Perspektiven bei Förderentscheidungen berücksichtigt werden.

Zu 10.:
Volt setzt sich für sichere und menschenwürdige Unterkünfte für alle Geflüchteten ein. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie LSBTIQ*-Geflüchtete benötigen darüber hinaus spezialisierte Beratungsangebote, wirksame Schutzkonzepte und diskriminierungssensible Unterbringung. Unser Ziel ist ein schneller Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Sprachkursen und gesellschaftlicher Teilhabe sowie eine enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen.